Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Möglichkeit eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21.
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Zeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 308. Sonnabend den 4. November 1882. 76. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 5. November, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wegen Wiederaufnahme der Pflasterungsarbeiten auf der Kreuzung der Straße „An der Pleiße" mit der Weststraße und dem Eingange zu Schloß Pleißenburg wird die Straße **„An der Pleiße"**, bez. die **Westbrücke von Montag, den 6. d. M., ab auf die Dauer einer Woche,**
und wegen Baues der östlichen Vorfluthschleuße wird **die Dresdener Straße auf der Strecke zwischen Lange Straße und Gerichtsweg bis zur Fertigstellung der Arbeiten**
ebenfalls **von Montag, den 6. d. M., ab für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 3. November 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Wegen Veränderung der Hauptschleuße **des Naundörfchens** wird dasselbe vom **Montage, den 6. dieses Monats** ab auf die Dauer der Arbeiten **für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 1. November 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Nach den Messungen des Herrn Geh. Rath Prof. Dr. Kolbe betrug die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases im Monat October bei stündlichem Consum von 5 Cubikfuß das 16fache von dem der Normalwachskerze; das specifische Gewicht war 0,476.

Leipzig, den 2. November 1882.

Des Raths Deputation zur Gasanstalt.

Bekanntmachung.

Der Preis der in der hiesigen Gasanstalt producirten Coaks, deren commissionsweiser Verkauf Herrn **Louis Meister** übertragen ist, beträgt

vom heutigen Tage an

für jeden Hektoliter loco Gasanstalt 1 ℳ 10 ₰ und einschließlich des Fuhrlohns bis an das Haus 1 ℳ 25 ₰.

Leipzig, den 2. November 1882.

Des Raths Deputation zur Gasanstalt.

Brennholzverkaufs-Bekanntmachung.

Am Montag, den 6. November d. J., früh Vormittags 10 Uhr im Gasthause zum „Waldhaus" bei Bahnhof Kohlfurt Termin an zum öffentlichen, meistbietenden, partienweisen Verkauf von

ca. 9000 Raummeter Scheitholz — Kiefer —

aus den Revieren der städtischen Oberförsterei Kohlfurt.

Käufer werden zu diesem Termine mit dem Bemerken eingeladen, daß die Hölzer in 2 bis 6 Kilometer Entfernung von den Stationen Kohlfurt, Neuhammer und Rauscha der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn stehen.

Anfragen bezüglich der Verkaufsbedingungen, Waldwege und Anfuhrverhältnisse an die Stationen der Eisenbahn werden durch das Bureau des Unterzeichneten beantwortet werden.

Kohlfurt, 21. October 1882.

Der Oberförster.
gez. Täger.

Steckbrief.

Gegen den Schneider **Johann Peter**, geboren am 22. Mai 1859 zu Steinsdorf, Kreis Neisse, welcher flüchtig, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das hiesige Gefängniß abzuliefern.

Bernburg, den 31. October 1882.

Herzogliche Anhalt. Staatsanwaltschaft.
Schiele. Horn.

Nichtamtlicher Theil.

Die Folgen des Belgrader Attentats.

Der Schuß, welchen die Wittwe des Obersten Marcovic in der Belgrader Kirche auf König Milan abfeuerte, hat ein doppeltes Echo gefunden, das eine in Wien, das andere in St. Petersburg. Die Wirkung in Belgrad selbst ist die Nebensache und deshalb wollen wir sie zuerst ins Auge fassen. König Milan ist beim serbischen Volke nicht beliebt, er besitzt nicht die Eigenschaften, welche einem halbcultivirten, von dereinstiger großer Macht träumenden slavischen Stamm Achtung einflößen können. Milan ist kein Kriegsheld, er ist überhaupt kein Soldat, er ist ein Herrscher im modernen Sinne, welcher sich einer gewissen Zurückhaltung befleißigt. Er glaubt Alles gethan zu haben, als er die Königswürde annahm und die Anerkennung dieser Rangerhöhung durch die europäischen Mächte erreichte; damals mag er auch wirklich eine Zeit lang die Sympathien der Serben genossen haben, aber bald wurden sie von Neuem inne, daß Milan nicht der Vorstellung entspricht, welchen sich die Serben von ihrem Staatsoberhaupte machen. Das serbische Volk verlangt von diesem, daß er das Großserbien der Vergangenheit wiedererweckt und deshalb würde es Milan nur dann aus voller Brust zujauchzen, wenn er den Balkanbund unter Serbiens Führung zu Stande brächte.

Als die Russen im Jahre 1876 Serbien vorschoben, um den Krieg gegen die Türkei vorzubereiten, da glaubten die Serben die Zeit gekommen, um ihre hochfahrenden Pläne zu verwirklichen. Das Land machte Anstrengungen weit über seine Kräfte hinaus, um schließlich zu erkennen, daß es nur dazu benutzt worden war, um die Kastanien für Rußland aus dem Feuer zu holen. Als es nachher zur Vertheilung der Beute kam, wurde das Gebiet, auf welches sich die serbische Begehrlichkeit gerichtet hatte, von Oesterreich besetzt, Bosnien und die Herzegowina wurden als Compensationsobject für die Neutralität der benachbarten Großmacht benutzt und Serbien wurde mit dem gleißenden Titel Königreich abgespeist.

Die Serben machten ihren Fürsten oder König, wie er sich jetzt nennen läßt, für diesen Mißerfolg verantwortlich und fingen an, sich zu erinnern, daß Milan aus dem Hause Obrenović — Feinde habe, welche für erlittenes Unrecht wohl Vergeltung fordern konnten. Marcović, der einst mit Ristic zusammen als indirect an der Topolja-Affaire betheiligt, verhaftet und schuldig befunden wurde, entrann seinem traurigen Geschick nicht durch die Gnade des Fürsten, die Ristic zu Theil wurde, sondern fiel durch das tödtliche Blei, das ihm das Kriegsgericht zuerkannt hatte, obwohl sein Weib fußfällig um Gnade bat. Barsch von Milan mit ihrer Bitte abgewiesen, mußte sie es empfinden, daß ihr Gemahl unter dem Verdachte stand, einst einen Karageorgevic gegen Milan begünstigt zu haben. Die Wittwe des Erschossenen lebt der Ueberzeugung, daß Oberst Marcović der Privatrache Milan's zum Opfer fiel, doch nicht zur Sühne einer Schuld, die ihm nur angedichtet, aber nicht bewiesen war. Daß eine so schwer geprüfte Frau Sympathie bei den feinen Milan's fand, wer wollte sich darüber wundern? König Milan ahnte nichts von dem, was sich vorbereitete, er glaubte vielmehr seine Macht auf die sicherste Grundlage zu stellen, wenn er sich an Oesterreich anlehnte, weil er mit Hülfe dieser Macht zugleich die Opposition in seinem eigenen Lande am wirksamsten zu bekämpfen hoffte.

In dieser Hoffnung hat er sich gründlich getäuscht, wie die Ereignisse der letzten Tage gelehrt haben, denn der mit Hülfe des österreichischen Einflusses gestürzte Minister Ristic, das Werkzeug Rußlands, ist heute der Herr der Lage in Serbien, er wagt es, dem König mit der Majorität der Volksvertretung zu drohen, welche die Entscheidung der Geschicke Serbiens in der Hand habe; eine Fusion der Liberalen und Radicalen, wie sie Milan wünscht, hat er nicht Lust ins Werk zu setzen, obgleich ihm das ein Kleines wäre, wenn er nur wollte. Für Ristic und seine Partei hatte die Anlehnung an Oesterreich-Ungarn immer nur den Sinn, daß Bosnien und die Herzegowina an Serbien fallen müßten; daß dies geschehe, sollte Milan in Wien betrieben und wenn ihm Das gelungen wäre, dann hätte man über seine sonstigen Fehler hinweggesehen; aber es wurde in der letzten Zeit klar, daß Milan dieses Ziel niemals erreichen werde, weil Oesterreich-Ungarn zwei Provinzen, die es mit so großen Opfern festzuhalten bestrebt gewesen ist, gewiß niemals herausgeben würde.

Das Echo, welches der Pistolenschuß der Frau Oberst Marcović in Wien erweckte, hat keinen angenehmen Klang für die österreichische Regierung, denn es wurden dadurch Hoffnungen zerstört, auf welche sie fest gebaut hatte. Mag auch der Kaiser Franz Josef in seiner Erwiderung auf die Ansprache der Herren Smolka und Tißa in der Ofener Hofburg der Zuversicht Ausdruck gegeben haben, daß der Friede in den nächsten Jahren keine Störung erleiden werde, so giebt man sich doch darüber weder in Wien noch in Pest einer Täuschung hin, daß die Beziehungen zu Rußland nicht über jeden Zweifel an ihrem Bestande erhaben sind. Es ist wahr, daß Fürst Lobanoff auf das Herzlichste in Wien willkommen geheißen wurde und daß er den Mißklang zu beseitigen suchte, welchen das Auftreten der Fürstin Militza von Montenegro in Moskau hervorgerufen hatte. Das sind aber noch keine hinreichenden Beweise für ein aufrichtiges Freundschaftsverhältniß zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn, und daß die letztere Macht die Vorsicht für den besseren Theil des Vertrauens zu den Absichten seines östlichen Nachbars hält, davon legen die Delegations-Verhandlungen in Pest beredtes Zeugniß ab. Graf Bylandt-Rheydt, der Reichskriegsminister, hat in der Sitzung des Heeresausschusses der ungarischen Delegation vom 30. October stundenlange vertrauliche Mittheilungen über den Zweck der Bildung des Territorialsystems gemacht, welche dem Hörern die Ueberzeugung verschaffen sollten, daß dadurch die Mobilisirung erleichtert und beschleunigt werde, da das Eisenbahnnetz noch nicht den Grad von Vollständigkeit erlangt habe, um das Territorialsystem entbehrlich erscheinen zu lassen. Es bedarf keiner besonderen Bekräftigung, daß solche Vorbereitungen auch unter den sichersten Friedensaussichten getroffen werden müssen, um für alle Fälle gerüstet zu sein; aber es fehlt nicht an Symptomen dafür, daß man weder in Wien noch in Pest von der Sicherheit der Erhaltung des Friedens überzeugt ist.

In Rußland hat das Attentat der Wittwe Marcović auf König Milan genau die umgekehrte Wirkung gehabt, wie in Oesterreich. Dort erblickt man in der Bewegung, welche der Schuß entfesselt hat, lediglich die Rückkehr zu der nationalen Politik, welche Serbien zu seinem Schaden seit dem Sturze Ristics verlassen hatte. Katkoff, der Vertraute Kaiser Alexander's, urtheilt über das Attentat so: Im Hinblick auf den sehr ungünstigen Eindruck, welchen der Besuch König Milan's in Rustschuk in Oesterreich machte, da man denselben dort als eine versuchte Annäherung Serbiens an Rußland auffaßte, und in fernerer Berücksichtigung des gegen Milan geplanten Minen-Attentats auf der Donau bei seiner Rückkehr nach Belgrad erhalte das Attentat der Wittwe Marcović eine besondere Bedeutung. Katkoff will damit dem König Milan die ernste Mahnung zu Gemüthe führen, daß er fortan nicht mehr seinen Vortheil verkennen und den Rathschlägen Oesterreichs folgen möge, sondern das Heil der Zukunft nur im engsten Anschluß an Rußland suchen müsse, nur dann werde sein Leben vor weiteren Mordanschlägen sicher sein, andernfalls werde er früher oder später den selbstgeschaffenen Gefahren zum Opfer fallen. Die Herzensergießungen Katkoff's werfen ein grelles Streiflicht auf die russischen Wünsche und Umtriebe auf der Balkanhalbinsel. Die Balkanstaaten, zumal Serbien, Bulgarien und Ostrumelien erfüllen ihre Bestimmung nur als getreue Schildknappen Rußlands; wagt der eine oder andere dieser russischen Quasi-Vasallen-Staaten seine eigene, von Rußland unabhängige Politik zu haben, so ist es um ihn geschehen, er kann der Hand des Verhängnisses nicht entgehen.

Leipzig, 4. November 1882.

Die Verordnung wegen Einberufung des preußischen Landtags wird jetzt officiell veröffentlicht. Sie lautet auf den 14. November, einen Dienstag. Von dem zuvor in Aussicht genommenen 13. November hat man wohl Abstand genommen, um nicht den entfernter, namentlich auf dem Lande, wohnenden Abgeordneten die Nothwendigkeit der Reise am Sonntag aufzuerlegen. Die Vorlagen, mit denen die erste Session der neuen Gesetzgebungsperiode sich zu beschäftigen haben wird, entziehen sich mehr als sonst der öffentlichen Kenntniß. Selbstverständlich ist nur, daß der Etat alsbald dem Abgeordnetenhause zugeht. Ueber der in Aussicht stehenden steuerpolitischen Vorlage schwebt dagegen noch dichtes Dunkel; ob sie gleich im Anfang der Session eingehen wird und welchen näheren Inhalt sie hat, ist noch nicht bekannt. Ebensowenig ist bekannt, was für Material etwa aus anderen Ressorts zu erwarten ist.

Eugen Richter hat jetzt die Annahme des Abgeordneten-Mandates für Berlin abgelehnt, und es hat in Folge dessen der Wahlcommissar Stadtrath Friedel den Oberpräsidenten Dr. Achenbach um Ansetzung eines Termins für die Nachwahl ersucht.

Man schreibt uns aus Berlin: „Damit man auch in den Reichslanden an den westlichen Grenzmarken Deutschlands erfahre, was man in Preußen unter Constitutionalismus und Verfassungswesen versteht, hält die amtliche „Elsaß-Lothr. Ztg." den Straßburgern eine an die Adresse des „Elsässer Journals" gerichtete Vorlesung. „In Preußen", sagt sie, „muß der König regieren. So und nicht anders haben die conservativen Wähler das von ihnen ertheilte Mandat verstanden. Diese Wähler wollen, daß die conservativen Abgeordneten in alter Lehenspflicht und Unterthanentreue ihrem König treu, hold und gewärtig sein sollen, nicht daß sie ihm ihren Willen und ihre Theorien oder gar seine Rathgeber aufzwingen. Ueberdies ist der Umstand, daß die Conservativen etwa 18 Stimmen gewonnen haben, wohl ein Wahlsieg, aber nicht ein solcher, der in irgend einem Lande eine Partei, die wenig mehr als den vierten Theil der Kammer bildet, zu dem Anspruch auf Leitung der Staatsgeschäfte berechtigen würde. Die Majorität des neuen Abgeordnetenhauses kann von den Conservativen nur mit Hülfe des Centrums oder der Mittelparteien, d. h. der Freiconservativen und der Nationalliberalen, gebildet werden, und gerade in dieser einen oder anderen Coalition fällt den Conservativen die Aufgabe zu, den Beschlüssen dieser Majorität den staatserhaltenden Charakter zu bewahren." Diese officiöse Auseinandersetzung über die Bedeutung der Rolle, welche die Conservativen hinfort zu spielen haben, scheint ganz geeignet, den übermüthigen Siegesjubel derselben zu dämpfen und ihrem brausenden Wein etwas Wasser beizumischen. Sie sollen thun nach des Herrn Gebot! Das darf die einzige Richtschnur ihres politischen Handelns sein!"

Die Mittheilung, daß sich die Staatspfarrer mit einer Collectivpetition um Wahrung ihrer Stellung und insonderheit ihrer Gehaltsansprüche an den Landtag wenden wollen, wird von orientirten Persönlichkeiten zwar nicht direct bestritten, man macht indessen darauf aufmerksam, daß jene Nachricht doch wohl einer besseren Bekräftigung bedürfe, insofern es unerfindlich sei, weshalb die Staatspfarrer den Verlust ihrer Aemter und Gehälter fürchten. Dieselben sind ihnen auf Grund des Gesetzes gewährleistet und sie brauchen gewiß nicht zu besorgen, daß ihnen das Uebelwollen des Fürstbischofs Robert Herzog materiell gefährlich werden könne. Die angekündigte Petition, die also sachlich überflüssig wäre, würde politisch ein Fehler sein, da sie den Eindruck bestärken müßte, daß die Macht der katholischen Hierarchie auch über die widerstrebenden Geistlichen noch in der Hauptsache ungebrochen sei.

* * *

In Prag hat abermals zwischen deutschen Studenten und Czechen ein Zusammenstoß stattgefunden. Mehrere Studenten wurden nämlich auf dem Rossplatze, weil sie deutsch sprachen, von czechischen Arbeitern verhöhnt, was die Studenten sich nicht gefallen ließen und den Schutz der Polizei anrufen wollten. Bevor aber diese erschien, fiel der czechische Pöbel über die Studenten her und mißhandelte sie. Einer derselben wurde ziemlich schwer verwundet. Unter solchen Umständen wird es in Prag in gewissen Stadttheilen, namentlich in den Abendstunden, geradezu gefährlich, deutsch zu sprechen.

Die Slavisirung Oesterreichs macht von Tag zu Tag größere Fortschritte. So wird aus Laibach telegraphisch gemeldet, daß der dortige, aus lauter Slaven bestehende Stadtrath beschlossen, in seinem amtlichen Verkehre vom 1. Januar 1883 ab, sich nicht mehr der deutschen, sondern ausschließlich der slowenischen Sprache zu bedienen. Nur Eingaben in deutscher Sprache sollen „ausnahmsweise" noch deutsch erledigt werden.

Aus Cattaro wird gemeldet, daß mehrere in Montenegro internirte Insurgentenführer von dort plötzlich verschwunden seien. Es heißt, sie hätten nach der Herzegowina und Bosnien sich begeben, wo demnächst der Aufstand mit verdoppelter Heftigkeit wieder ausbrechen soll.

In Warschau hat der Graf August Potocki den Vice-Polizeimeister, Oberst Miasowski, gewaltsam aus seinem Potocki'schen Palais, bringen lassen, wo der Oberst den Kutscher des Grafen wegen eines geringfügigen Streites verhaften wollte. In Folge dieses Auftrittes soll der Oberst dem Grafen eine Herausforderung zugeschickt haben, die aber der Graf mit den Worten ablehnte: er schlage sich nicht mit Polizeileuten. Ganz Warschau spricht von diesem Vorfalle.

Das „Journal de St. Petersbourg" erklärt gegenüber dem an der Berliner Börse aufgetretenen Gerücht von einem Pferdeausfuhrverbot aus Rußland, es sei nicht allein überhaupt ein solches Verbot jetzt nicht erlassen, sondern auch noch das bisher in Kraft gewesene Ausfuhrverbot auf dem Kaukasus auf den Vorschlag des Statthalters vom Kaukasus aufgehoben worden.

Seit einiger Zeit beschäftigen sich französische Blätter vielfach mit der deutschen Marine, wozu vielleicht die bisher wohl unverbürgten und vielfach widersprechenden Gerüchte über stattgehabte Landesverrathsversuche und Verhaftungen den unmittelbaren Anstoß gegeben haben mögen. Die „Revue militaire de l'étranger" widmet ihrem Anwachsen einen längern Artikel, den sie mit den Worten schließt: „Man ersieht aus dem den uns mitgetheilten Schiffsverzeichniß, daß Deutschland schon heute zu den Seegroßmächten gerechnet werden muß. Wenn es heute seine Flagge so häufig auf den verschiedensten Meeren zeigt und von kleinen Staaten, über welche die deutschen Consuln Klage zu führen haben, Genugthuung erzwingt, so kann man sicher sein, daß seine Rolle sich nicht auf solche Nebensächlichkeiten beschränken und daß es im gegebenen Augenblicke kühn an der Seite der andern Seemächte, England, Frankreich und Italien, sich seinen Platz nehmen wird." Amen soit-il!

Die revolutionaire Bewegung in Frankreich macht weitere Fortschritte. So wurden, wie aus Paris gemeldet wird, in der Nacht zum Donnerstag daselbst zahlreiche Placate revolutionairen Inhalts angeschlagen, ein über dem Anschlagen von Placaten Betroffener wurde verhaftet. Auch in Marseille wurden die Placate verbreitet. Man fragt sich heute mit Recht, wie die Republik sich erfolgreich der anarchistischen Gefahr erwehren will. Im Systeme der „Regierung des Volkes durch das Volk" ist der Bethätigung autoritairer Grundsätze ein sehr beschränkter Spielraum gegönnt. Als Mandatsträgerin der souverainen Menge befindet sich eine republikanische Regierung nur zu selten in der Lage, eine nachdrückliche Action walten zu lassen und die Ergreifung einer Initiative in bestimmter, einseitiger Richtung verbietet sich ihr ganz von selbst. Gleichwohl aber kann sich keine auf gesetzlicher Grundlage errichtete Regierung der Verpflichtung zum Schutze der ruhigen Bürger und zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung entziehen. Thut sie dies dennoch, so verleugnet sie ihren eigenen Ursprung und läuft, um bei dem concreten Falle zu bleiben, Gefahr, die breiten Schichten des Mittelstandes, die besitzenden Classen in Stadt und Land dem Banner der Republik abtrünnig zu machen. Angesichts der heutigen Lage kommt sowohl in Paris als den Departements vielfach das Wort des alten Thiers wieder zu Ehren: „La république sera conservatrice ou elle ne sera pas." Wird man versuchen, sich der in diesem Ausspruch angedeuteten Consequenz zu entziehen? Und wird dieser Versuch gelingen? Oder wird man seine Zukunft zu halben Maßregeln nehmen? Aber wenn letztere versagen? Wenn es an Muth und Entschlossenheit fehlt, in die Bahnen conservativer Politik einzulenken, was dann? Alles das sind Fragen, zu welchen die neueste Phase der socialen Entwickelung bei unserm westlichen Nachbarn überreichen Stoff darbietet und welche keineswegs in Frankreich allein aufgeworfen werden.

Mit Rücksicht auf die wenig gefestigte Stellung des französischen Ministeriums Duclerc verlautete bereits vor einiger Zeit, daß Jules Grevy sich veranlaßt fühlen würde, bei der Neubildung des Cabinets Herrn Clémenceau ein Portefeuille einzuräumen, so daß dann alle republikanischen Parteigruppen mit Ausnahme der Gambettisten sich zu einer festen Regierungsmehrheit zusammenschließen könnten. Die für einen radicalen Parteiführer immerhin maßvolle Rede, in welcher der Deputirte des Pariser Wahlbezirkes Montmartre am 29. October seinen Bericht erstattete, legt denn auch Zeugniß dafür ab, daß Clémenceau sich die Fähigkeit zutraut, in einer verantwortlichen Stellung an der Regierung theilzunehmen. Seine Rede enthielt nicht blos eine negative Kritik der Leistungen der früheren Ministerien, unter denen insbesondere das „grand ministère" Gambetta's mit seinen großen Verheißungen, die dann alle unerfüllt blieben, mit Epigrammen bedacht wurde, sondern umfaßte auch ein vollständiges Regierungsprogramm. Die Steuerreform mittelst Einführung einer progressiven Einkommensteuer, sowie die Erziehung der Kinder auf Kosten des Staates bildeten wesentliche Puncte in diesem eingehend motivirten Programm. Nicht minder bemerkenswerth ist das schroff ablehnende Verhalten, welches Clémenceau gegenüber den anarchistischen Bestrebungen an den Tag legte. Mit Spannung dürfte man deshalb der Erwiderung Gambetta's entgegensehen.

Die Wahlen haben wohl im ganzen Königreich Italien keine so seltsame und befremdende Erscheinung geboten als in der Hauptstadt, wo die Stimmen der Wähler einem Manne die Gefängnißthüren erschlossen, der zu den widernatürlichsten Kraftlern des Landes gehört. Er heißt Francesco Coccapieller und war noch vor vier Monaten ein durchaus unbekannter Mann. Vor sechs Wochen ungefähr wurde er eine der gefeiertsten Persönlichkeiten Roms. Im August verwundete er in einer Weinstube Angelo Tongetti durch einen Revolverschuß und wurde deshalb festgenommen. Seine Wahl ist durch keinen Wahlverein betrieben, sein Name ist auf keinem Maueranschlage, in keiner Zeitung als der eines Candidaten genannt; und doch wußte in Rom lange vor der Wahl Jedermann, daß Coccapieller gewählt werden würde. Und warum? Seit dem Juli d. J. war in Rom kein Parteiführer vor den persönlichen Angriffen sicher, welche Coccapieller in seinem neugegründeten Blatte „Ezio II" gegen Alle richtete, die ihm hervorragend genug schienen, um dem Angreifer zu der gewünschten Volksthümlichkeit zu verhelfen. Daß ein solcher Manlheld bald zur gefürchtetsten Persönlichkeit wurde, daß er mit Processen überhäuft war und sich dadurch in den Augen des Haufens als Volkstribun aufzuspielen wußte, ist schließlich nicht so sehr zu verwundern, das kommt auch anderswo vor; etwas anderes ist es um die Thatsache, daß dieser Mensch mit einer überwiegenden Mehrheit gewählt wurde. Die Regierung befürchtete, wie aus Rom gemeldet wird, eine große Kundgebung der Wähler, und hatte deshalb, um Ruhestörungen begegnen zu können, das Militair in den Casernen consignirt gehalten. Coccapieller wurde, sobald das Wahlergebniß festgestellt war, aus dem Gefängniß entlassen.

Nach einem Telegramm des „Temps" aus Rom würde die neue italienische Kammer aus 320 Ministeriellen, 40 Mitgliedern der Rechten, 55 Fusionisten, 32 Dissidenten und 49 Radicalen bestehen.

Die Entsendung Lord Dufferin's nach Kairo ist nunmehr beschlossene Sache, und ebenso gilt es für ausgemacht, daß sie auf Rechnung der am Nile engagirten englischen Interessenpolitik zu setzen ist, welch letztere, wie versichert wird, durchaus keinen dem Urtheil Gesammt-Europas vorgreifenden Zustand schaffen will. In Konstantinopel lodert das Mißtrauen gegen England wieder in hellen Flammen auf und wird durch die Meldung illustrirt, daß die Pforte ebenfalls einen Vertrauensmann nach Kairo zu delegiren gewillt sei. Das ist leichter gesagt als gethan, denn seit dem Tage von Tel-el-Kebir führt der Weg von dem Sitzungssaal der türkischen Minister zum Palais des Khedive durch die Gemächer des